

Schwarzarbeitsbekämpfung soll modernisiert werden, Steuerbetrug durch mehr Zusammenarbeit der Fahnder von Bund und Ländern sowie härtere Strafen erschwert werden. Durch Steuerbetrug entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro.

... auch eine Zumutung

Überall in Europa brennen Wälder und greifen auf Wohngebiete über. Die nationalen Brandbekämpfer werden durch die EU mit einer „rescEu-Flotte“ von gerade einmal 22 Löschflugzeugen und fünf Löschhubschraubern unterstützt. Wie man den Medien täglich entnehmen kann, reicht dies bei weitem nicht aus.

Anstatt in eine große Löschflotte zu investieren, hat die EU in ihren Mitgliedsländern Feuerwehrlaute positioniert, um „die Luftflotte am Boden zu unterstützen“. Da werden quasi Menschen statt Maschinen ins Feuer geschickt.

... und wo das Geld hingeh

Ausgenommen von Kürzungen sind die Bereiche Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie Sicherheitsinfrastruktur. So beträgt der Militärhaushalt 2026 runde 80 Milliarden Euro. Dazu kommen 26 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen. An die Ukraine hat Deutschland (inkl. EU-Anteilzahlung) 90,6 Milliarden Euro gezahlt. Die gesamte EU hat ca. 200 Milliarden Euro an die Ukraine gezahlt – an einen korrupten Staat, dessen Regierung über die Mittelverwendung keine Auskunft gibt und die von der EU eingesetzten Kontrollgremien wieder auflöst.

Unterstützt wird diese Politik nicht nur von den Regierungsparteien. Auch die AfD fordert eine auf Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtete, personell und materiell gestärkte Bundeswehr, die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie eine bevorzugte Förderung der heimischen Rüstungsindustrie.

Lohn der Angst

dpa meldet: „Vor dem Hintergrund eines Soldatenmangels hat ... das ukrainische Verteidigungsministerium deutliche Solderhöhungen angekündigt. Die

Soldaten werden zu den bestbezahlten Militärspezialisten in der Welt. ... Im Schnitt sollen ukrainische Fußsoldaten umgerechnet rund 5.800 Euro erhalten. Der Höchstsatz für Frontsoldaten soll auf fast 8.900 Euro monatlich angehoben werden.“

Wahrlich eine fürstliche Bezahlung. Und das in einem Land, in dem die durchschnittliche Rente umgerechnet 130 Euro beträgt.

Antikriegstag 1. September

Am 1. September 1939 hat das Deutsche Reich Polen überfallen und so den Zweiten Weltkrieg begonnen. Daher wird der 1. September seit 1957 als Antikriegstag begangen.

„Friedensfähig statt kriegstüchtig“ steht als zentrales Motto über dem Aufruf des DGB für die diesjährigen Veranstaltungen zum Antikriegstag. Wie notwendig es ist, sich gegen die aktuelle Rüstungspolitik zu stellen, zeigt sich nicht nur in den überall spürbaren Kürzungen im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen und in der Bildung. Auch der Ausbau militärischer Einrichtungen in großem Stil kommt jetzt auf uns zu. So soll das Munitionslager in Köppern massiv ausgebaut werden, große Waldflächen hierfür gerodet werden.

Friedenskulturtag in der Allee

In Oberursel ist es inzwischen Tradition, dass zum Abschluss des Orscheler Sommers eine Friedensveranstaltung stattfindet. In diesem Jahr lädt das Friedensbündnis Oberursel ein zu einem Kulturtag mit Musik und Mitmach-Möglichkeiten. Den genauen Programmablauf können Interessierte auf der Webseite des Bündnisses finden (www.frieden-oberursel.de). Die Veranstaltung beginnt am Sonntag, den 6. September, um 15 Uhr in der Allee am Kriegerdenkmal oberhalb der großen Zeder.

Herausgeber: Die Linke Oberursel
oberursel@dielinke-htk.de www.dielinke-htk.de
V.i.S.d.P.: Manfred Niendorf, Die Linke Hessen,
Allerheiligentor 2 - 4, 60311 Frankfurt



Dies ist eine Zeitung, gratis für Sie, keine Werbung.

Nr. 4 – Aug. 2026

Wo bitte hält der Bus?

Oberursel hat, wie bereits berichtet, seinen eigenen Stadtbus aufgegeben und den Busverkehr an den VHT (Verkehrsverbund Hochtaunus) abgegeben. Eine Folge davon ist, dass die bisherige Kooperation mit Bad Homburg nicht mehr funktioniert (getrennte Ausschreibungen) und damit die durchgehende Verbindung von Oberstedten nach Bad Homburg.

Bisher wechselte der 41er Bus an der Endhaltestelle in der Hans-Mess-Straße am Ortsrand von Obersted-



Hierhin soll die neue Haltestelle für den 41er Bus

ten einfach seine Nummer und wurde zum 7er Stadtbus in Bad Homburg. Und wie soll es weitergehen ab Januar 2027?

Für die Planer in Bad Homburg ist dies recht einfach: Der 7er Bus wird weiterhin nach Oberstedten fahren und am Kreisel wenden. Die Haltestelle liegt bekanntlich unterhalb des Kreisels. Aber wie soll der 41er aus Oberursel geführt werden? Wenn er bis zur bisherigen Haltestelle fahren würde, gäbe es an-

schließend keine Wendemöglichkeit mehr, um wieder zurück nach Oberstedten zu kommen. Der Vorschlag der Planer ist daher, dass der 41er nach rechts in die Industriestraße abbiegt und dann weiter zum Kreisel. Das ist von der Linienführung her möglich, ein Problem ist aber, dass eine Haltestelle in unmittelbarer Nähe des Kreisels wegen der Kurve und den Einfahrten dort nicht möglich ist. Wird die Haltestelle erst weiter oben in der Straße gebaut, wird der Umstieg zum 7er sehr umständlich.

Dass dies keine überzeugende Idee ist, ist auch den Planern klar. Daher schlagen sie aktuell vor, dass man doch den 7er Bus aus Bad Homburg ebenfalls durch die Industriestraße führt, so dass in diesen Bus an der gleichen Haltestelle (Doppelhaltestelle) umgestiegen werden könnte. Ist das ein realistischer Vorschlag an die Adresse der Homburger, die ihren Fahrweg verlängern sollen, nachdem es die Oberurseler waren, die die gemeinsame Ausschreibung aufgekündigt haben? Wir sind da sehr skeptisch.

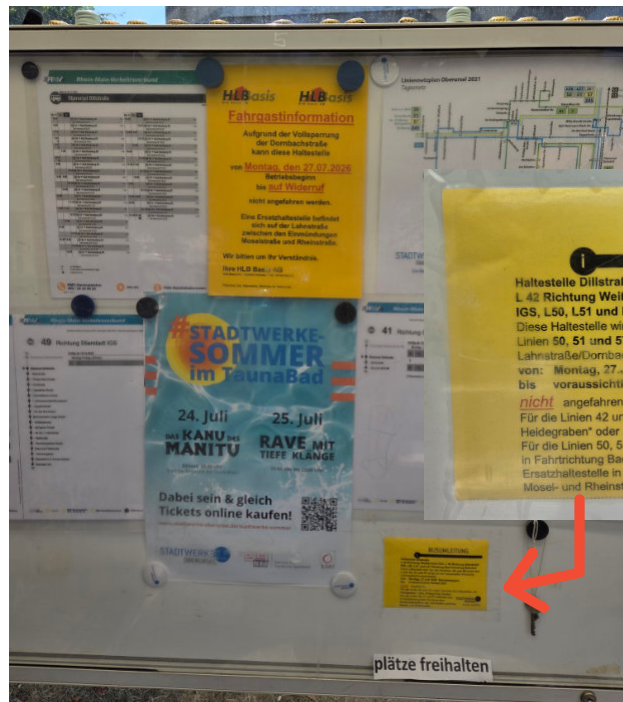
Pläne ohne Kooperation

Von Seiten der Oberurseler Verwaltung wurden Pläne gemacht, ohne vorher zu klären, welche Möglichkeiten für eine Kooperation mit Bad Homburg überhaupt bestehen. Ein weiterer wichtiger Punkt muss hier ebenfalls betont werden: Selbst wenn die jetzt vorgelegten Pläne mit der Doppelhaltestelle in der Hans-Mess-Straße zügig umgesetzt würden – vor dem Jahr 2028 besteht keinerlei Aussicht auf Fertigstellung. „Start der Umsetzung Dezember 2027/Januar 2028“, heißt es in der Vorlage der Stadt.

Hier muss dringend eine andere Lösung gefunden werden.

Dornbachstraße abgehängt – sofort

Mit der Abschiebung des Stadtbusses an den VHT ab dem Januar kommenden Jahres war ursprünglich geplant, den Bus gar nicht mehr durch die Dornbachstraße fahren zu lassen. Dagegen haben sich die Anwohner entschieden gewehrt, und es wurde ihnen zugesagt, dass man im ersten Jahr die Führung durch die Dornbachstraße probeweise beibehalten werde.



Schönes Angebot der Stadtwerke ... und etwas versteckt die nicht so schöne Mitteilung

Umso größer war die Überraschung der Bürger, als nun, mitten in den Ferien, mit der Einrichtung der Baustelle an der Kreuzung Dornbachstraße/Lahnstraße die jetzige Umleitungsstrecke umgesetzt wurde.

Hässlich, überflüssig, teuer

Vor Jahren wurde der Drei-Hasen-Kreisel umgebaut in eine ampelgeregelte Kreuzung mit einer vierspurigen Brücke darüber hinweg. Diese Brücke ist nun in die Jahre gekommen und es droht eine aufwendige Sanierung.

Aus diesem Anlass sollte dringend überlegt werden, ob wir dieses hässliche Bauwerk überhaupt brauchen. Es ist doch so, dass diese vier Spuren aktuell vollkommen überflüssig sind. Diese Brücke über-

In Fahrtrichtung Innenstadt sind seit Ende Juli die Haltestellen Dillstraße und Mainstraße komplett entfallen. Als nächste Haltestelle des 42er Busses nach dem Heidegraben ist die Philipp-Reis-Straße angegeben. Das ist über ein Kilometer Luftlinie voneinander entfernt – und das mitten in einem der am dichtesten besiedelten Viertel von Oberursel. Dieser Zustand ist für die gesamte Bauzeit in der Lahnstraße vorgesehen.

Verschämt, klein, ganz unten

Zuständig für den Stadtbus sind in diesem Jahr noch die Stadtwerke Oberursel bzw. die Stadt Oberursel.

Die Mitteilung der Stadtwerke über den Wegfall der Haltestellen befindet sich ganz verschämt klein ganz unten im Schaukasten an der Haltestelle. Die Reklame für von den Stadtwerken gesponserte Feste im Taunabad nimmt zehn Mal soviel Platz ein. Auf dem kleinen gelben Zettel am unteren Rand steht nun die freundliche Aufforderung, „nutzen Sie bitte die Haltestellen ‚Im Heidegraben‘ oder ‚Phi-lipp-Reis-Straße‘“.

Wir meinen, dass es mit etwas gutem Willen möglich ist, auch nach der Sperrung der Kreuzung an der Lahnstraße die Haltestellen in der Dornbachstraße weiterhin anzufahren. Die Stadt muss hier dringend handeln. Laut Aushang ist der unhaltbare Zustand „voraussichtlich bis Herbst 2027“ vorgesehen. Das ist länger als ein ganzes Jahr. Es muss sofort gehandelt werden.

quert schließlich keinen Fluss, sondern lediglich den Querverkehr.

Stadteinwärts fahren in der Homburger Landstraße auf der rechten Spur diejenigen, die Richtung Bommersheim abbiegen, und auf der linken Spur die Autos, die weiter in die Nassauer fahren wollen. Stadtauswärts dienen die zwei Spuren auf der Brücke nur der – eigentlich nicht gewollten – Beschleunigung, und dann wird vor den von rechts aus dem Viadukt kommenden Fahrzeugen auf die linke Spur ausgewichen. Die Brücke wurde seinerzeit gebaut mit dem Ziel, die Nassauer Straße vierspurig durch

Oberursel zu führen, eine Idee, die vollkommen aus der Zeit gefallen ist. Eine Brücke in dieser Dimension ist an dieser Stelle nicht nur hässlich, sondern auch vollkommen überflüssig.

Verkehrsinfrastruktur ist teuer, nicht nur in der Erstellung, sondern auch in der Unterhaltung. Das gilt insbesondere für Brücken. Allein für vorbereitende Untersuchungen für die Sanierung sind im Haushalt aktuell 600000 Euro eingestellt. Das lässt schon erahnen, wie teuer uns die Sanierung letztendlich kommen wird. Da rollt möglicherweise eine Kostenlawine auf uns zu.

Bevor wir damit das knappe Budget belasten, sollte die Stadt vielmehr ernsthaft prüfen, ob nicht wieder ein Drei-Hasen-Kreisel neu konzipiert werden könnte. Kreisel sind zumeist leistungsfähiger als per Ampel geregelte Kreuzungen. Ein schön gestalteter Kreisel gäbe auch ein ansprechendes Entree der Stadt. Wir werden entsprechende Planungen jedenfalls unterstützen.

Das Orscheler Blättche

wird in einer Auflage von 3.000 Stück in Oberursel verteilt. Die Verteilgebiete werden immer mal gewechselt. Wer das Blättche regelmäßig oder generell online beziehen will, schreibt bitte eine Mail an: oberursel@dielinke-htk.de mit dem Betreff: Abo – Orscheler Blättche.

Die Linke im Magistrat

Wir hatten in der letzten Ausgabe des Blättchens dargelegt, dass die bisherige Koalition (CDU/SPD/OBG) überall die Zahl der Mandatsträger reduziert hat. Diese Politik wird auch fortgeführt bei der Wahl der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder. Deren Zahl wurde auf neun verringert, mit der Folge, dass nicht mehr alle Fraktionen im Magistrat vertreten sind, ihnen somit eine Möglichkeit der Kontrolle der Verwaltung entgeht. Damit auch die kleineren Fraktionen im Magistrat vertreten sind, haben wir von der Partei Die Linke daher einen gemeinsamen Listenvorschlag mit der ULO/Volt eingereicht. Mit Erfolg: Unser bisheriger Stadtverordneter Dietrich Andernacht ist zum ehrenamtlichen Stadtrat gewählt worden.

Tourismusbeitrag für Barrierefreiheit

Bereits 2023 hatte die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung aufgefordert, die Erstellung eines digitalen barrierefreien Stadtführers in Angriff zu nehmen. Das ist bis heute nicht geschehen. Im vergangenen Jahr hat die Stadt Oberursel einen Tourismusbeitrag eingeführt. Die dadurch erzielten Einnahmen müssen zweckgebunden und zielgerecht eingesetzt werden. Wir haben daher, gemeinsam mit anderen Stadtverordneten, einen Antrag gestellt, dass der Tourismusbeitrag 2026 für die Erstellung eines digitalen barrierefreien Stadtführers genutzt wird.

Wo das Geld fehlt ...

Wo die Stadt sparen muss, da nicht genug Geld da ist, haben wir bereits geschildert. Und die Drei-Hasen-Brücke ist ja nicht die einzige Brücke, die hierzulande marode ist. Geld fehlt in allen Kommunen, nicht nur für den Erhalt von Straßen, Schulen, Kindergärten oder Rathäusern. Deutschen Kommunen fehlen jährlich rund 21 bis 24 Milliarden Euro für zentrale Klimaschutzbereiche wie Fernwärme, Gebäudesanierung und Mobilität. Für Klimaanpassungen (Begrünung in den Städten) fehlen zusätzlich 8,6 bis 10,6 Milliarden Euro pro Jahr. Insgesamt liegt die kommunale Finanzierungslücke bei etwa 32 Milliarden Euro jährlich, während der Investitionsrückstand über alle Bereiche (inkl. Infrastruktur) bei 231 Milliarden Euro liegt.

Wo der Staat sparen will, hören oder lesen Sie täglich in den Medien. Zunächst die Vorschläge der Rentenkommision: Renteneintrittsalter erhöhen (ab 2032 alle 10 Jahre), die abschlagsfreie „Rente mit 63“ nach 45 Beitragsjahren abschaffen, geringere Rentenerhöhungen, vorzeitige Rente mit Abschlägen erst mit 65, Einführung einer verpflichtenden Kapitalrente (2 % des Bruttolohnes) usw. Einzig positiver Vorschlag ist die Einbeziehung neuer Selbständiger, Abgeordneter und später auch von Beamten.

Weitere Einsparungen beabsichtigt man beim Unterhaltsvorschuss Alleinerziehender durch Absenkung des Alters für Anspruchsberechtigte vom 18. auf das 16. Lebensjahr. Von der Regierung angekündigt sind die Prüfung sämtlicher Programme und Subventionen auf Notwendigkeit und der Abbau von Doppelstrukturen zwischen Bund und Ländern. Die